

**Karl-Marx-Jahr 2018**

- 200 Jahre Karl Marx – Dem Kapitalismus Paroli bieten *Seite 2*
- Die Marxistische Philosophie, Teil 2 *Seite 12*

**Aus dem Kreistag**

- 11. April 2018: Hartz-Front im Kreistag Oder-Spree *Seite 4*
- Leserbrief zum Tafel-Antrag *Seite 6*

**Ostermarsch 2018**

- Ostermarsch in Frankfurt (Oder) *Seite 8*
- Wagt den Anfang *Seite 9*

Erster Mai – Tag der Arbeit

Für gute Arbeit in Oder-Spree

Sinkende Arbeitslosigkeit, wachsende Wirtschaft, und angeblich ist die Mehrheit der Arbeitnehmer mit ihrem Job zufrieden. Aber DIE LINKEN meckern wieder wie die Rohrspatzen. Leben wir in unterschiedlichen Welten? Oder ist die Arbeitslage in Deutschland doch nicht so rosig, wie es den Anschein hat?

Die Arbeitslosenquote bei uns im Landkreis lag 2014 bei 9 Prozent, 2017 waren es noch 7,3 Prozent.

Doch zugleich hat die Zahl der Minijobber deutlich zugenommen, ebenso die Zahl der Leiharbeiter, die sich von einer Befristung zur nächsten hangeln, ohne vom Lohnanstieg der Festangestellten zu profitieren.

Und es gibt noch immer viele Aufstocker, Menschen, die teils sogar Vollzeit arbeiten, und dennoch so wenig verdienen, dass es nicht zum Leben reicht. Mehr Menschen haben Arbeit, aber die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Genauso verhält es sich mit dem Geld. Zwar sind in einigen Branchen die Löhne gestiegen, doch stiegen auch die Preise – für alle. Das heißt, dass für die meisten weniger vom Lohn übrig bleibt. Wer einen Job hat,

steht oft unter Dauerstress. Gerade in den Branchen mit Fachkräftemangel ist die Überbelastung hoch. Der Krankenstand liegt in Brandenburg über dem deutschen Durchschnitt, Hauptursache für Fehlzeiten sind unter anderem Rückenleiden und Burnout.

Wir feiern den ersten Mai als Tag der Arbeit, doch geht es dabei nicht nur um Musik und Kultur bei Kuchen und Bratwurst. Es geht vor allem um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Löhne müssen wieder zum Leben reichen! Arbeit muss gerecht verteilt werden! Die Wochenarbeitszeit muss gesenkt werden, Minijobs müssen durch sozial abgesicherte unbefristete Beschäftigung ersetzt werden!

Dafür streitet DIE LINKE, hier im Oder-Spree-Kreis und bundesweit – und das nicht nur am 1. Mai.

*Julia Wiedemann und Christopher Voß,
Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree*

1. Mai-Feste der LINKEN Oder-Spree

- Beeskow, Spreeinsel, 11–16.30 Uhr
- Eisenhüttenstadt, FrühLINKSfest auf der Insel, ab 14 Uhr
- Fürstenwalde, rund um die Kulturfabrik, 11–17 Uhr
- Schöneiche, An der Reihe 5, Kulturgießerei, ab 15 Uhr
- Woltersdorf, Maiwiese hinter der Schleuse, 11.30–17 Uhr

1. Es ist mai ne Zeit

- kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne
- Arbeit gerecht verteilen
- mehr Zeit für's Leben

DIE LINKE.

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

200 Jahre Karl Marx

Dem Kapitalismus Paroli bieten



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:
**Deutscher Bundes-
tag**, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:
Frithjof Bastian,
Mühlenstr. 15, 15517
Fürstenwalde
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma04@bun-
destag.de

Marx wurde in einem bewegten Zeitalter geboren. Napoleon war geschlagen, der Wiener Kongress drei Jahre her. Die Dampfmaschine war erfunden, der Webstuhl und andere industrielle Maschinen revolutionierten die Produktion. Die Restauration hatte gegen Napoleon gewonnen, im Kampf gegen das

heraufziehende Industriezeitalter stand sie auf verlorenem Posten. In diesem repressiven Klima wurde der kritische Journalist Karl Marx zum politischen Flüchtling. Paris war nicht weit genug weg, um dem langen Arm der wilhelminischen Unterdrückung zu entfliehen. Erst das Vereinigte Königreich mit seiner konstitutionellen Monarchie und dessen Hauptstadt London war für ihn ein sicherer Ort.

In den Umbrüchen von der Agrar- zur Industriegesellschaft gingen massenhaft Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren. Neue Arbeit entstand in den Fabriken, aus Leibeigenen und Bauern wurden Arbeiter, die der Willkür des entstehenden Kapitalismus ausgesetzt waren. Der politische Flüchtling Marx traf in London auf den entstehenden kommunistischen Widerstand gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Durch die Wendung der bis dahin favorisierten idealistischen Philosophie in eine materialistische entwickelte er in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Theorie vom unversöhnlichen Klassengegensatz. Der Weg zur klassenlosen Gesellschaft konnte nur durch die Revolution des Proletariats und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse erreicht werden. Dieser Weg fand in Deutschland, in Europa und Russland im Umbruch der 1990er Jahre sein politisches Ende, eine globale neoliberale Offensive setzte ein.

Nahezu dreißig Jahre nach dem Mauerfall hat die materialistische Weltanschauung von Marx wieder eine hohe Attraktivität. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass in den Jahren der neoliberalen Vorherr-

schaft die soziale Frage beständig größer geworden ist. Die materialistische Philosophie basiert auf der Annahme, dass die technologische Produktionsweise die gesellschaftliche Seinsweise bestimmt und in der Folge auch die gesellschaftliche Ordnungsweise und ihre staatlichen Institutionen. Wenn sich nun die technologische Basis der Produktionsweise grundlegend verändert, folgt daraus mit einer nicht exakt zu bestimmenden zeitlichen Verzögerung eine stetige Veränderung in Wirtschaft, Gesellschaft und staatlicher Ordnung.

In etwa 1770 setzte mit der Patentierung der Dampfmaschine die industrielle Revolution ein, die Karl Marx erlebt, beschreibt und versucht, in ihren ökonomischen und politischen Folgen greifbar zu machen. Ende der 1860er Jahre wurde die Stromerzeugung serienreif. 1886, drei Jahre nach dem Tod von Marx, gelang die erste Energieübertragung mit Wechselstrom. In den 1940ern wurde der erste Compu-

ter erfunden und seit der Erfindung des Internet mit all seinen Facetten versuchen wir zu verstehen, was daraus für wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Folgen resultieren. Wie sich Kapital und Arbeit und das Verhältnis beider zueinander verändern. Was aus diesen Änderungen für Änderungen im institutionellen Gefüge resultieren?

Eine allgegenwärtige Folge ist die Globalisierung von Produktion, Distribution und Kommunikation. Es sind in Windeseile neue weltumspannende Konzerne wie facebook und google entstanden. Wir sehen das Ringen der Weltmächte um Vormachtstellung und Neuordnung, die Schrumpfung der USA von der Rolle als Weltpolizist und westlicher Leitmacht, den Aufstieg Russlands zu einer Globalmacht und den Aufstieg Chinas, das mit dem Projekt zu einer neuen Seidenstraße die globalen Warenströme neu organisieren und die Handelsbeziehungen neu gewichten will. Materiell ermöglicht



Karl-Marx-Monument in Chemnitz

Foto: Kora27 - eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=28482156>

wird dies durch die Computertechnik wie seinerzeit die Industrialisierung der Frühzeit durch die Dampfmaschine und die Erfindung des Stroms. Mit der Erhöhung der Innovationsgeschwindigkeit steigt die Folgegeschwindigkeit bzw. der Anpassungsdruck. Teils sind sie so hoch, dass man Schwierigkeiten bekommt, den Anschluss nicht zu verlieren, an die technologische Entwicklung, an die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen.

Aus diesen beiden Gesichtspunkten heraus, Folgen der Digitalisierung in Produktion, Distribution und Kommunikation einerseits und Neugewichtung der globalen politischen Machtverhältnisse andererseits wird auch die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union gestellt. Die Vollendung der Europäischen Union wird als ein logischer institutioneller Schritt gesehen, der sich aus dem Digitalen Fortschritt und seinen Folgen ergibt. Es ist in dieser Sicht nur eine Frage, wie er vollzogen wird. Ob es wie im Umbruch von den Reichen der Monarchen zu den Nationen der Völker wieder zu Kriegen und Revolutionen kommt? Oder ob der

Mensch lernfähig ist und die politischen Anpassungsprozesse, die aus dem technologischen Fortschritt resultieren, bruchlos vollzieht?

Wenn man mit dem Blick von Karl Marx und seiner materialistisch begründeten Folgenabschätzung auf die aktuelle Lage der Europäischen Union schaut, gewinnt man den Eindruck, dass politische Kräfte wie AfD, FPÖ, Lega Nord (jetzt Lega), PVV, Front National (jetzt Rassemblement National), Fidesz und PiS sich auf einen Punkt stellen, der auf der anderen Seite einer bruchlosen Entwicklung steht. Sie nutzen zwar allesamt die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung, soziale Netzwerke wie facebook, instagram und twitter (teils sehr professionell), wollen aber den Folgen dieses Nutzens nicht ins Gesicht schauen. Sie sehen in dem Rückbau der Union und dem Rückzug auf den Nationalstaat eine Lösung. Sie schauen auf die Vergangenheit und romantisieren Volk, Nation und Vaterland. Doch Union und Nation ist nicht der treibende politische Gegensatz der Gegenwart, es ist die digitale Entwicklung und ihre globalen Folgen für Wirt-

schaft, Gesellschaft und Staat. Wer diese nicht will, muss sich gegen die Digitalisierung wenden.

Die Marxsche Dialektik ist auch heute eine zentrale Wurzel im politischen Selbstverständnis der LINKEN. Ihr zentraler Gegenstand ist die materialistische Philosophie und ihre Folgenlogik. Der Antagonismus von Kapital und Arbeit in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen spielt darin die Hauptrolle. In seiner Aufhebung liegt der Schlüssel zur Beantwortung der Sozialen Frage. Im Zusammenhang mit dem Digitalen Kapitalismus reden wir zumeist über den Wandel der Arbeit und der Arbeitsplätze. Unterbeleuchtet bleibt die Diskussion über den Wandel des Kapitals und seiner Erscheinungsformen. Nicht nur Digitale Währungen wie Bitcoin, auch der Euro kann als eine zeitgemäße Wandelform des Kapitals gesehen werden. Bei all den Veränderungen der letzten 150 Jahre wäre Marx heute vermutlich einer der eifrigsten Vorkämpfer für eine Europäische LINKE, um dem Kapital in der sozialen Frage ein starkes Paroli bieten zu können.

NACHRICHT VON SEVIM DAGDELEN, 12. APRIL 2018

Saudi-Arabien bekommt neue deutsche Waffen

Die Bundesregierung rüstet den Terrorpaten Saudi-Arabien immer weiter auf statt wie im Koalitionsvertrag angekündigt, keine Waffenexporte an Länder zu genehmigen, die am Krieg gegen Jemen beteiligt sind. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Wie aus den Antworten (https://linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/19-1052_-_Deutsche_Ruestungsexporte_an_unmittelbar_am_Jemen-Krieg_beteiligte_Laender.pdf) auf die Kleine Anfrage „Deutsche Rüstungsexporte an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Länder“ (Bundestags-Drucksache 19/1052) von Sevim Dagdelen hervorgeht, wurden in den ersten drei Monaten dieses Jahres Rüstungsexporte an Saudi-Arabien im Umfang von 161,8 Millionen Euro genehmigt. Das ist eine Verdreifachung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und kommt einer „Beihilfe zu den Menschenrechtsverletzungen im Jemen gleich“, wie die

stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, gegenüber tagesschau.de erklärt hat.

Die jüngsten Zahlen belegen eindeutig, so die Rüstungsexpertin Sevim Dagdelen: „Jenseits von Recht und Gesetz genehmigt die Bundesregierung immer weiter Rüstungsexporte in das Spannungsgebiet Naher und Mittlerer Osten. Auch mit deutschen Waffen werden in der Region Konflikte geschürt und Fluchtursachen geschaffen.“ Neben Saudi-Arabien wurden laut Bundesregierung im ersten Quartal Rüstungsexporte über 2,8 Millionen Euro nach Ägypten genehmigt, nach Katar waren es 27,3 Millionen Euro. Das ist fünfzig Mal so viel wie im ersten Quartal 2017. Damals lag das Volumen bei 505 000 Euro.

Dabei heißt es im schwarz-roten Koalitionsvertrag wörtlich: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Auf die



Frage der Vizefraktionsvorsitzenden, was das denn konkret heiße, eiert die Bundesregierung herum. In seiner Antwort schreibt Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Die Aussagen zur Rüstungsexportpolitik im Koalitionsvertrag erörtert die Bundesregierung in all ihren Dimensionen derzeit intensiv.“

Welche Länder am Krieg gegen Jemen nach Kenntnis der Bundesregierung beteiligt sind, will er nicht verraten. Saudi-Arabien – der Hauptempfänger neuer Genehmigungen – habe zwar die Führung einer größeren Gruppe von Staaten in einer Koalition ge-

gen die Huthi-Rebellen übernommen. Aber, so Machnig: „Die Beteiligung der einzelnen Länder an der Koalition erfolgt dabei in unterschiedlicher Art und Weise.“ Die Frage der Länder und ihrer Beteiligung am seit 2015 andauernden Jemen-Krieg „erörtert die Bundesregierung derzeit intensiv“.

Statt intensiver Beratungen braucht es die Umsetzung getroffener Beschlüsse und die Beachtung geltenden Rechts. „Die Bundesregierung muss die Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten stoppen“, so Sevim Dagdelen.

Quelle: www.linksfraktion.de



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

11. April 2018: Hartz-Front im Kreistag

Fraktion DIE LINKE bringt Antrag zur Unterstützung der Tafeln ein

I.
Über den Antrag unserer Fraktion zur „Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree“ habe ich im April-„Widerspruch“ bereits berichtet. Die Behandlung dieses Antrages wurde nun zu einem Höhepunkt des Kreistages am 11. April 2018.

Ich hatte in die Vorbereitung erhebliche Arbeit investiert und hoffte das Beste – aber es kam wie immer bei solchen Angelegenheiten. Der Verlauf der Auseinandersetzungen bietet dennoch erheblichen Lehrstoff und manches war auch für mich nach einem viertel Jahrhundert linker Kommunalpolitik neu.

Im Vorfeld des Kreistages wurde mir bekannt, dass sich die um SPD und CDU gruppierte Kreistagskoalition auf eine Verhinderung des Antrages geeinigt hatte. Dabei spielte der Beschlusstext keine Rolle. Argumentiert wurde (wie von manchen LINKEN) lediglich mit Versatzstücken aus der Antragsbegründung.

So einfach wollte ich es aber der Hartz-Front im Kreistag nicht machen. Ich formulierte deshalb die Antragsbegründung mit der Einbringung des Antrages neu. Das war auch deshalb möglich, weil mir von den Tafeln Einblick in die sie besonders drückenden Probleme gegeben worden war. Ich konnte also konkreter werden. Der damit verbundene Überraschungseffekt war unumgänglich, denn es galt zu verhindern, dass auch diese Begründung vorher durchgestochen und kruden Deutungen unterzogen werden konnte. Das zeigte dann auch Wirkung, als einige Beteiligte im Kreistag die veränderte Situation nicht realisierten und dennoch versuchten, ihre vorbereitete Zurückweisung mit nicht mehr vorhandenen Textbausteinen und mit Argumentationsmustern zu begründen, die mir wohl bekannt waren.

Nach der sachlichen Debatte um die Probleme der Tafeln im Finanzausschuss mutierte die Diskussion im Kreistag zu einer Karikatur der Bundestagsdebatten um die Tafeln, die Armut und Hartz IV. Herr Hilke (Fraktionsvorsitzender der

CDU) gab mit seiner Bewertung der Tafeln den Spahn und will ihnen jede Unterstützung versagen. Eine Vertreterin der SPD gab die Nahles und wollte die Tafel jedenfalls jetzt und auf der Grundlage des vorliegenden Antrages nicht unterstützen und der NPD-Mann hat nicht herum geschwafelt, fast als Einziger zur Sache gesprochen und sich eindeutig gegen jede Integration bekannt. Mir war in den LINKEN-Diskussionen seit der Einbringung des Antrages ohnehin vollkommen rätselhaft, wie in einem auf Integration und Konfliktverhütung gerichteten Antrag eine Nähe zu den Nazis behauptet und ich gewissermaßen zu deren nützlichen Idioten erklärt werden konnte.

Nachdem die Debatte diesen Stand erreicht hatte, habe ich eine namentliche Abstimmung über den Antrag verlangt. Dem damit zu dokumentierenden Bekenntnis ist eine Mehrheit des Kreistages vorläufig durch die bei Anträgen der LINKEN mittlerweile übliche Verzögerungstaktik – die Verweisung des Antrages in den Sozialausschuss – entkommen.

Hoffen wir also darauf, dass sich die betreffenden Mitglieder des Kreistages auch im Juni noch an ihr am 11. April abgegebenes Bekenntnis erinnern können, die Tafeln ja im Prinzip unterstützen zu wollen. Sie werden dann unter Angabe ihres Namens von uns danach gefragt werden. Gelungen freilich ist der um die Nazis erweiterten Hartz-Front des Kreistages und ihren Helfern mindestens die Verzögerung notwendiger Hilfen für die Tafeln im Landkreis.

Denn aus der Feststellung, dass es an den Tafeln im Landkreis Oder-Spree „keine immensen Probleme mit Geflüchteten sowie MigrantInnen (gibt), auch wenn die Situation dort schwierig ist“ können zwei völlig gegensätzliche Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Entweder: Lasst uns alles tun, damit aus einer schwierigen Situation nicht auch bei uns „immense“ Probleme werden.
- Oder: Dazu ist uns das Thema zu unwichtig. Lassen wir das sein und instrumentalisieren es für den Kampf um die innerpartei-

liche Hackordnung, bis die Blase platzt.

Ich bin nach wie vor für den ersten Weg. Und ich danke allen, die sich dafür einsetzen die vorhandenen Probleme im Griff zu behalten, selbst wenn und gerade weil sie dafür noch beschimpft werden.

II.
Ein zweiter Höhepunkt des April-Kreistages war die Verabschiedung des Kreishaushaltes für das Jahr 2018.

Bei Lichte besehen hat es eine Debatte um den Kreishaushalt nicht gegeben. Wie im Vorjahr drehte sich wieder alles um die Höhe der Kreisumlage. Das ist der Teil der Einnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, den sie an den Landkreis abgeben müssen, damit der seine Aufgaben erfüllen kann.

Im Kern der Debatte stand die Vorstellung, die aktuelle Kreisumlage deutlich zu senken, damit mehr Geld bei den Städten und Gemeinden des Landkreises verbleibt. Nach den nächsten Kommunalwahlen müsste die Kreisumlage dann sprunghaft erhöht werden. Zum Teil bis in Dimensionen von denen heute schon klar ist, dass mindestens ein Teil der Kommunen des Landkreises eine solche Last nicht tragen können. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt? Manch Eine und manch Einer werden schließlich die Welt nach den nächsten Wahlen aus einer völlig anderen Perspektive sehen (müssen).

In diesem Streit haben sich vor allem den Parteien der Kreistagskoalition angehörende Kommunalpolitiker letztlich verheddert. Die Lösung sollte dann ein von eben dieser Koalition eingebrachter Antrag bringen. Der bestand aus zwei Teilen:

Ein Teil betraf die Schaffung eines mit einem Anteil von etwa zwei Prozent an der Kreisumlage aller Städte und Gemeinden ausgestatteten „Kreisstrukturfonds“ zur Förderung investiver Strukturmaßnahmen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter. Danach wird das Geld zwar über die Kreisumlage eingesammelt, fließt aber über geförderte Investitionen an

die Städte, Ämter und Gemeinden zurück.

Ein solcher Vorschlag war bereits im Oktober 2017 von Gundula Teltewskaja als Dezernentin für ländliche Entwicklung unterbreitet worden. Bereits im Zusammenhang mit diesem Vorschlag wurde unter anderem die Sanierung des Spree-radweges genannt. Dieser Vorschlag ist vernünftig und entspricht auch der Ausgleichsfunktion, die der Landkreis gegenüber den Städten und Gemeinden auszuüben hat.

Der zweite Teil des Koalitions-vorschlages war dagegen kritisch. Er forderte scheinbar eine Selbstverständlichkeit, wenn es hieß: „Um die investiven Ziele des Landkreises Oder-Spree durch den Verzehr der Rücklagen aus Überschüssen der Vorjahre zum Ausgleich der Haushaltsdefizite nicht zu gefährden, ist die Vorlage von in Erträgen

und Aufwendungen ausgeglichenen Haushalten aber unverzichtbar.“

Nun hat der Landkreis nur zwei Möglichkeiten für diesen Ausgleich: Entweder er erhöht mit der Kreisumlage seine Einnahmen. Dieser Weg sollte nach der Intention der Kreistagskoalition ausgeschlossen werden. Oder er verringert seine Ausgaben. Letzteres brachte der Fraktionsvorsitzende der CDU in dankenswerter Offenheit auf den Punkt. Er will Kürzungen der sogenannten „freiwilligen Leistungen“, der Sozialausgaben. Es versteht sich, dass die Linksfraktion einem solchen Ansinnen nicht zustimmen kann. Es liegt aber völlig auf der Linie der Hartz-Front. Eine Mehrheit des Kreistages hat es dann auch so beschlossen. LINKE Abgeordnete werden in dieser und der nächsten Wahlperiode darauf zu achten haben, was daraus wird.

III.

Schließlich hatte unsere Fraktion noch einen kleinen Erfolg. Unser Antrag, das Sitzungsgeld für in die Ausschüsse des Kreistages berufene Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner von 13 Euro pro Sitzung auf 30 Euro zu erhöhen, fand eine Mehrheit. Schließlich wurde dieses Sitzungsgeld im Jahre 2008 festgelegt und die Sachkundigen bekommen neben der Fahrkosten-erstattung keine weitere Entschädigung. Es handelte sich bei diesem Beschluss um eine bescheidene Erleichterung für Menschen, die zusätzlichen Aufwand für kreisweite Arbeit bei einem bescheidenen Einkommen nicht so leicht aufbringen können. In anderen Landkreisen bestehen vergleichbare Regelungen schon länger.

DOKUMENTIERT

Kreistag am 11. April 2018: Einbringung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Antragsbegründung durch Dr. Artur Pech

„Förderung integrationsrelevanter und konfliktverhütender Maßnahmen im Landkreis Oder-Spree“

Ohne die Ereignisse an der Tafel in Essen und die anschließenden medialen Auseinandersetzungen würde es diese Beschlussvorlage nicht geben.

Mir stellte sich Ende Februar die Frage: Wie sieht das eigentlich bei uns im Landkreis aus? Erste Erkundigungen führten zu dem Ergebnis:

- Ja, es gibt hier ähnliche Probleme wie in Essen;
- Nein, bei uns werden Migrantinnen und Migranten auch vorübergehend nicht ausgeschlossen;
- Ja, die Tafel braucht Hilfe.

Damit die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss noch innerhalb der Haushaltsdebatte erfolgen konnte, habe ich kurzfristig eine Beschlussvorlage vorbereitet und nach den Regeln der Geschäftsordnung im Finanzausschuss auf die Tagesordnung gesetzt. Der Ausschuss hat dann in seiner Sitzung am 19. März einstimmig die Behandlung des Antrages im Kreistag empfohlen.

Inhaltlich möchte ich die Vorlage mit zwei aus meiner Sicht wesentlichen Gesichtspunkten begründen:

Ein Erster hat mit der Geschichte unserer Region zu tun:

Es ist in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach passiert, dass Menschen, die täglich mit großem Einsatz für die Versorgung der Bevölkerung arbeiteten, von der Politik in Konflikte manövriert wurden und sich im Ergebnis als fremdenfeindlich beschimpfen lassen mussten.

Das war so, als nach der Einführung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen in Grenz-nähe teilweise die Versorgung zusammenbrach, weil bei der politischen Entscheidung die Unterschiede in der Kaufkraft, bei den Preisen und bei der Warenbereitstellung nicht beachtet worden waren. An die meist weiblichen Verkaufskräfte erging dann die Weisung, nur „handelsübliche Mengen“ zu verkaufen. Der Vorwurf der „Fremdenfeindlichkeit“ war dann schnell zur Hand und die Reaktionen der abgewiesenen einheimischen Kundinnen und Kunden war vorhersehbar. Meine Fraktion hat bereits im vorigen Herbst auf diese Seite des Problems aufmerksam gemacht (Broschüre „Oder-Neiße-Grenze und ihr Grenzregime“).

Gerade vor dem Hintergrund dieser Geschichte haben Menschen, die heute an den Tafeln zu einem großen Teil in ehrenamt-

liche Arbeit Bedürftigen unterschiedlichster Herkunft helfen, Anspruch auf die Wertschätzung auch durch den Kreistag. Wertschätzung nicht nur mit billigen Worten, sondern mit spürbarer Unterstützung.

Der zweite Grund:

Wie wir in der „Märkischen Oderzeitung“ lesen konnten, will der Träger der Tafeln Konflikte unter anderem durch die verstärkte Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in die Arbeit der Tafeln begegnen. Das ist ein gutes Stück Integrationsarbeit – und es kostet Geld. Nicht alle dafür erforderlichen Leistungen sind schließlich durch Menschen im Ehrenamt zu erbringen. Dies gilt umso mehr, wo es über die Information und die Einhaltung von Rechtsvorschriften hinaus um Materielles geht, wie die Beschaffung von Arbeitsschutzkleidung und Schaffung der Bedingungen für die Einhaltung von Hygienevorschriften oder die Aufrechterhaltung der Kühlkette. Da ist der Landkreis selbst Aufsichtsbehörde und auch die Umsetzung seiner Forderungen kostet Geld.

Eine zentrale Sorge der Tafeln gilt der ausreichenden Warenbereitstellung. Gerade die Angst,

nichts mehr abzubekommen, treibt schließlich Konflikte an.

Warenbereitstellung aber heißt, dass beispielsweise die Kühlfahrzeuge fahren müssen, wenn die Angebote der Handelsunternehmen eingehen. Das ist im Dauerbetrieb ehrenamtlich kaum zu leisten und erfordert anteilige Personalkosten.

Abschließend zwei Anmerkungen zum Text der Vorlage:

Als Einbringer streiche ich vollständig den Text der Begründung in der Vorlage und ersetze diese Begründung durch die soeben vorgetragenen zwei Punkte. Diese Begründung wird schriftlich zu Protokoll gegeben.

Der Beschlusstext enthält neben der Bereitstellung von insgesamt 40 000 Euro für die Tafeln in Erkner, Storkow, Beeskow, Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt den Auftrag an den Landrat, bis Juni 2018 die aus diesen Mitteln zu finanzierenden Maßnahmen festzulegen. Ich gehe davon aus, dass diese Festlegung in Abstimmung mit den Trägern der Tafeln erfolgen und damit dem konkreten Erfordernissen entsprechen wird. Die inhaltliche Befassung kann dann in der nächsten Sitzungsrunde in den zuständigen Ausschüssen erfolgen.



von
Rita-Sybille Heinrich,
sachkundige Einwohnerin für DIE LINKE im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des Kreistages Oder-Spree; Mitglied der SVV Erkner, Fraktion DIE LINKE; Mitglied Kreisvorstandes DIE LINKE Oder-Spree

Gründung KITA-Elternbeirat in LOS – eine Erfolgsstory

Wer hätte es gedacht, dass sich so viele Eltern zur Gründung des Kreis-KITA-Eltern-Beirates (KEB) am 16. April 2018 im Landratsamt in Beeskow versammeln würden.

Allen Unkenrufen aus dem Kreistag zum Trotz, als die Fraktion DIE LINKE den Antrag zur Gründungsunterstützung eines Elternvertretergremiums auf Kreisebene einbrachte, trafen sich 22 Eltern aus weiten Teilen des Kreises zu ihrer ersten ordentlichen Sitzung.

Dass es kein Kuschelverein werden wird, lässt schon das zweite Treffen vermuten. Nach der Wahl des Vorstands wurde gemeinsam die Geschäftsordnung gelesen und diskutiert. Die einstimmige Verabschiedung war das Ergebnis einer Konsenslösung, z.B. zur Beschlussfähigkeit des Beirats.

Auf der Grundlage des KITA-Gesetzes sind mit der Geschäftsordnung die Tätigkeits- und Einflussfelder beschrieben und werden, da bin ich mir sicher, mit Leben gefüllt.

Nun fragt sich die aufmerksame Leserschaft: Wieso Gründungsver-

sammlung und doch schon zweites Treffen?

Es begann damit, dass der Antrag halbherzig vom Kreistag in den zuständigen Ausschuss verwiesen wurde. Man wolle doch erst einmal schauen, ob ein Interesse der Eltern besteht.

Da habe ich mich schon gefragt, ob die Damen und Herren Kreistagsabgeordneten der anderen Parteien überhaupt realisieren, welcher Unmut unter der Elternschaft im Land herrscht. Die Gründe sind vielschichtig und würden einen separaten Artikel füllen.

Am 21. November 2017 traf man sich schließlich in Fürstenwalde und tauschte sich mit dem Schulleiterbeirat des Kreises aus. Um eine legitimierte Vertretung im KITA-Bereich hinzubekommen, mussten alle 124 KITA im Kreis angeschrieben und um die Wahlen in den KITA zum KEB gebeten werden.

Erst nach nochmaligem Drängen durch die Koordinatorin und nun Vorstandsmitglied Daniela Klaus aus dem Amt Spreenhagen

kamen in den meisten KITA Wahlen zustande und konnte der KEB nun offiziell gegründet werden. Der KEB in LOS ist der 6. KEB im Land Brandenburg nach Potsdam, Cottbus, OHV, LDS und der Stadt Brandenburg.

Mit den noch anstehenden Gründungen in BAR, PM, und MOL kann mit der Gründung eines Landeselternbeirates begonnen und endlich die Initiative um den streitbaren Danilo Fischbach aus Prenzlau zum vorläufigen Höhepunkt kommen.

Die anstehenden Veränderungen im KITA-Bereich, allein schon durch das beitragsfreie letzte KITA-Jahr und den Widerstand einiger Träger und Verbände, macht es erforderlich, einen starken KEB in allen Politikerebenen zu haben, um die Interessen der Kinder stärker in den Focus zu rücken.

Allen gewählten Elternvertretern unseren herzlichen Glückwunsch und viel Kraft bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

LESERBRIEF

Zum Artikel von Dr. Artur Pech „Die Tafeln in Oder-Spree“ (Widerspruch April 2018)

Die Diskussionen zu der Essener Tafel und den Äußerungen von Sahra Wagenknecht sind wahrscheinlich an keiner und keinem vorbeigegangen. Viele Sachen wurden nun schon dazu gesagt.

Nun habe ich mit Erstaunen den letzten Widerspruch gelesen.

Es wäre falsch, wenn wir auf das Ross der Fraktionsvorsitzenden im deutschen Bundestag aufspringen, welches falsch geführt wird und dadurch in die falsche Richtung reitet.

Nein, nicht die Geflüchteten sind an der Situation bei den Tafeln das Problem, sondern die Menschen, welche die Tafeln überhaupt erst nötig machen. Ich würde mich freuen, wenn wir das Thema von links diskutieren und nicht in den rechten Tenor mit einstimmen.

Lasst uns darüber sprechen, wie wir es schaffen, dass Menschen nicht mehr zur Tafel gehen müssen. Dazu bräuchten wir armutsfeste Renten und eine selbi-

ge Mindestsicherung, ein höherer Mindestlohn, eine Kindergrundsicherung und ja, auch die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Genauso müssen wir darüber sprechen, wie wir die Tafeln auf dem Weg bis dahin unterstützen können. Brauchen wir mehr Sicherheitspersonal, welches ein Gefühl von Unsicherheit gibt? Ich war zum Glück noch nicht in der Situation, zur Tafel gehen zu müssen. Ich kann mir aber vorstellen, wie groß die Überwindung für die Menschen ist, die diese in Anspruch nehmen müssen. Dann gibt es lange Schlangen und schnell treten Probleme und Angst auf. Ich glaube im Übrigen, dass dies bei uns weniger der Fall ist als im Ruhrgebiet, wo die Armut noch spürbarer ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass es keine Armut und auch keine Probleme bei uns gibt.

Glauben wir wirklich, dass durch Sicherheitspersonal das Sicherheitsgefühl steigt und dass

die Probleme dadurch gelöst werden?

Laut dem Resultat aus Jutta Bargendas und Stephan Wendes Gespräch mit den Akteur*innen der Tafel in Fürstenwalde, gibt es keine immensen Probleme mit Geflüchteten sowie Migrant*innen, auch wenn die Situation dort schwierig ist. Auch in Eisenhüttenstadt sind solche Probleme nicht spürbar („MOZ“, 28.3.2018).

Woher also die Annahme, dass es mehr Sicherheitspersonal bräuchte? Begründungstext aus dem Antrag der Kreistagsfraktion: „[...] beträgt auch im Landkreis Oder-Spree ein hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten [...]. Die Bewältigung der damit verbundenen Probleme [...] und weiter „[...] Geförderte Maßnahmen können [...] die zeitweise Beschäftigung von Wach- und Sicherheitsdiensten sein.“

Beruhigt hat mich, dass dieser Begründungstext aus dem ursprünglichen Antrag entfernt wurde.

Wir brauchen bei auftretenden Schwierigkeiten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, welche mit Menschen in Armut sprechen und ihnen vielleicht Lösungen anbieten sowie Psychologinnen und Psychologen, welche sich der Traumatisierung von Geflüchteten annehmen. Es gibt sicherlich noch viel mehr Sachen, die wir machen könnten und der Antrag wäre auch begrüßenswert, da die Tafeln wirklich finanziell gefördert werden müssen. Aber bitte lasst uns das anders diskutieren, als es derzeit schon von Sahra Wagenknecht gemacht wird. Lasst uns an unser Grundsatzprogramm halten und die Tafeln hoffentlich irgendwann überflüssig machen. Ich stehe für Gespräche zur Verfügung, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Solidarische Grüße
Alexander Klotzovski,
Eisenhüttenstadt, Sprecher der
Landesarbeitsgemeinschaft Flucht
und Migration in DIE LINKE Brand-
enburg

Zukunftsdialog in Eberswalde

Mitglieder sammeln Ideen für das Landtagswahlprogramm 2019

Die Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung von Schwerpunkten des Wahlprogramms für die Landtagswahl 2019 hat gehalten, was sie versprach: Zukunftsdialog zur Politik der LINKEN im Land Brandenburg von DIR, mit DIR und für DICH! Es ging um Dialog, Kennenlernen und darum, gemeinsam in freier Atmosphäre Themen und Ideen für das Wahlprogramm zu sammeln. Die Hufeisenfabrik direkt am Familiengarten in Eberswalde war ein kreativer Ort für die

wurden. Im Zentrum standen die Fragen: Was ist der IST-Zustand? Was ist unser Ideal/Ziel? Wie können wir das Ideal/Ziel erreichen? Dabei wurde auch Freiraum für utopische Ideen und zum „Rumspinnen“ gelassen. Im Kern ging es um die verschiedenen Lebensrealitäten in den unterschiedlichen Regionen von Brandenburg.

An dem von mir moderierten Thementisch „Digitalisierung und Infrastruktur“ wurden zunächst Probleme benannt und bisherige

Entwicklungsschritte beschrieben. Dann stellten wir Zielvorstellungen auf, die mit Schlagwörtern wie „Infrastruktur-Sozialismus“ oder „WLAN für Alle“ von den Teilnehmern an meinem Tisch beschrieben wurden. Insbesondere für die Digitalisierung stellten wir folgende Prämissen auf:

1. Datenschutz darf nicht durch kommerzielle Interessen bestimmt sein, sondern muss sich an gesellschaftlichen Interessen, an uns Bürgern, orientieren!
2. Die Digitalisierung muss sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert gestaltet werden.

Das Ergebnis der gesamten Themenkonferenz sind eine Menge von Ideen, die im Dialog der Mitglieder der Landespartei gesammelt wurden. Diese werden nun von der Landesgeschäftsstelle strukturiert und auf der Homepage publiziert. In der Schlussrunde am Samstagnachmittag haben sich einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewünscht, dass auf den folgenden Regionalkonferenzen auch Mitglieder der Landtagsfraktion und der Landesregierung teilnehmen und an ihren Themen mitdiskutieren sollten.



von
Franziska Schneider,
Basisorganisation
Erkner,

Foto unten:
Franziska Schneider



Romy Neupert (Steinhöfel) arbeitete im Themenbereich Familienleben und Kinder als Moderatorin mit.
Foto: DIE LINKE Brandenburg, Peter Dynow



methodisch gut vorbereitete erste Ideensammlung.

Begonnen hat die Konferenz bereits am Freitagabend, dem 13. April 2018, mit einer Sammlung von Slogans für das Wahlprogramm sowie einem geselligen Abendprogramm. Am Samstag schrieben die rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer offenen Runde Ideen zu den neun Themen auf:

- Mobilität & Landesentwicklung
- Digitalisierung – Infrastruktur
- Arbeitswelt – Lohnentwicklung
- Familienleben & Kinder
- Demokratie, Antifaschismus, Teilhabe & Ehrenamt
- Gesundheit & Pflege
- Bildungsland Brandenburg
- Energieland: Nachhaltigkeit & Umwelt
- Stadt- & Raumplanung: Stadt – Land – Fluss

Anschließend konnten sich die Genossen für zwei Themenblöcke entscheiden, die in zwei Workshop-Runden á 90 Minuten bearbeitet

Aus der Arbeit des Kreisvorstandes

Die Vorbereitung zur Kommunalwahl 2019 geht voran. Am 28. April wird es in der Kulturfabrik Fürstenwalde die erste Veranstaltung dazu geben. Gemeinsam mit Kommunalpolitikern, Mitgliedern und Interessierten wollen wir über die Möglichkeiten linker Kommunalpolitik diskutieren und anschließend Themen sammeln und auswählen, die für die Kommunalwahl in Oder-Spree den Schwerpunkt bilden sollen.

Am Folgetermin, dem 16. Juni, sollen dann in Workshops diese Themen tiefer aufbereitet werden. Die Planung und Absprache dazu war daher auch einer der Punkte auf der vergangenen Sitzung des Kreisvorstandes.

Die Vorbereitung des FrühLINKSempfangs, der am 21. April in Bad Saarow stattfindet, wurde ebenso besprochen.

Neben den kommenden Veranstaltungen war ein weiteres wichtiges Thema die Verteilung von Aufgabenfeldern im Kreisvorstand. Es hat sich eine Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit zusammen gefunden. Da

dieses Thema zu unseren größten Baustellen gehört, muss die Arbeit auf viele Schultern verteilt werden. Um die sozialen Medien besser zu nutzen, und mit Webseite und klassischen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit besser zu verzahnen, brauchen wir ein Konzept. Ein erster Entwurf soll auf der Klausur des Kreisvorstands im Juni besprochen werden.

Ebenso gibt es ein Team für politische Bildung. Rita und Kerstin werden zukünftig die Mitgliederbetreuung übernehmen, und ein neues Thema wurde hinzugefügt. Julia und Alexander werden für Fragen der Vernetzung mit Vereinen, Verbänden und Initiativen zuständig sein. Dabei soll es vor allem darum gehen, einen Überblick zu gewinnen, wo welche Kontakte bereits bestehen, und wo wir unsere Netzwerke weiter ausbauen müssen.

Julia Wiedemann,
Woltersdorf,

Vorsitzende DIE LINKE im Oder-Spree-Kreis



Ostermarsch 2018 in Frankfurt diesmal mit Rekordbeteiligung

Kreisverband der LINKEN Oder-Spree-Kreis beteiligte sich an der Aktion, Vorschläge für 2019



von
Christopher Voß,
Fürstenwalde,
Vorsitzender
DIE LINKE Oder-
Spree

Ein Bündnis aus Vereinen und Zivilgesellschaft rief am 1. April zum alljährlichen Ostermarsch nach Frankfurt (Oder) auf. Mit 150 Teilnehmer*innen konnte eine Rekordbeteiligung verzeichnet werden. In vielen anderen Städten der Bundesrepublik fanden sich spürbar mehr Friedensbewegte zusammen als in den vorherigen Jahren.

Unser Kreisverband nahm mit etwa 25 Genoss*innen an der Aktion in der Oderstadt teil.

Startpunkt war das Kriege-Denkmal auf dem Carthausplatz, von dem aus wir durch die Innenstadt zogen und an mehreren Stationen kurze Kundgebungen abhielten, um unsere Friedensappelle zu verkünden und das Leid an vielen Orten in der Welt thematisierten.

Trotz der Charta der Vereinten Nationen, die „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges (...) bewahren“ wolle, erleben wir ein stetiges Aufrüsten und eine Perfektionierung der Tötungs- und Vernichtungsinstrumente. Die aktuelle Weltpolitik ist von einem immer breiter werdenden Säbelrasseln ge-

kennzeichnet, bei Diktatoren und Nationalpopulisten mit umfassenden Machtbefugnissen androhen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte mit dem Einsatz ihres militärischen Vernichtungspotentials zu lösen.

Spannungen auf der Koreanischen Halbinsel, der Krieg in der Ost-Ukraine und die militärischen Konflikte in Syrien und dem Jemen wurden von mehreren RednerInnen angesprochen. Auch die Sorge, dass angesichts der wachsenden Fliehkräfte innerhalb der EU, die 73-jährige Phase des Friedens in Mitteleuropa bald beendet werden könne, kamen zu Sprache.

Die hoch und höher entwickelten Wirtschaftsmächte treiben mit der Unterstützung von Stellvertreterkriegen, der wirtschaftlichen Ausbeutung insbesondere Afrikas und einer miserablen Klimapolitik jährlich zigtausend Menschen in die Flucht. Zu der absoluten Armut im Globalen Süden kommt verstärkt die relative Armut, von der insbesondere Menschen in den entwickelten Industrieländern betroffen, beziehungsweise bedroht sind.

Diese vom Kapitalismus erzeugte Elendsfalle treibt viele Menschen in die Arme nationalpopulistischer Demagogen, die Lösungen versprechen, die innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems nicht greifen werden.

Es fehlt weltweit an einer starken Organisation von unten gegen diese weltweiten Verwerfungen. In den von Marx und Engels gewählten Worten im vor 150 Jahren verfassten Manifest der Kommunistischen Partei wäre auch zu sagen „*Proletarier aller Länder, ver-*

einigt euch!“ *Viele mögen die Worte als aus der Mode gekommen sehen. Doch empfiehlt sich eine Übertragung des Kerngehalts dieser Aussage in die heutige Zeit.*

Als konsequente Friedenspartei müssen wir auch im Landkreis die Beziehungen zwischen all den gesellschaftlichen und internationalen Widersprüchen im Alltag aufzeigen und Widerstand dagegen von unten aufbauen. Auf kommunaler Ebene lassen sich durchaus viele Zeichen setzen. So kündigte unser Genosse und designierter Oberbürgermeister, René Wilke, auf der Zwischenstation an der Oberbrücke an, als Stadt auch wieder der internationalen Aktion Mayors of Peace (Bürgermeister für den Frieden) beizutreten, um mit vielen Stadtoberhäuptern einen Friedensbeitrag zu leisten und sich der atomaren Abrüstung zu verschreiben. Ich empfehle unseren Kommunalfractionen im Landkreis ebenfalls Anstrengungen vorzunehmen, die eine Mitgliedschaft ihrer Städte und Gemeinden in diesem Bündnis zur Folge haben. Die Zeit um den Weltfriedenstag könnte dafür ein geeigneter Anlass sein.

Ich wünsche mir, dass unser Kreisverband im Jahr 2019 mit Verbänden, verschiedenen Glaubensgemeinschaften und der Zivilgesellschaft dazu beitragen kann, dass es in mehreren Orten im Landkreis Friedensaktionen zum Osterwochenende gibt, so dass nach Möglichkeit alle vier Lokalredaktionen der „Märkischen Oderzeitung“ darüber berichten müssten. Ein paar Wochen vor der Europa- und den Kommunalwahlen wäre dies ein wichtiges politisches Signal.

Fotos und Inschrift:
Bernhard Szepek,
Woltersdorf





Ostermarsch 2018

Wagt den Anfang

Mit großer Freude begrüße ich Sie und Euch alle an diesem Ostersonntag, besonders, weil wir mehr sind als zu den Ostermärschen in der Vergangenheit und ich folge damit einer Sentenz von Bertolt Brecht:

*„Unsere Niederlagen nämlich Beweisen nichts, als dass wir zu Wenige sind,
Die gegen die Gemeinheit kämpfen.
Und von den Zuschauern erwarten wir Dass sie wenigstens beschämt sind!“¹*

Die Freude wäre grenzenlos, träfen wir uns am Ostersonntag, um den Frieden zu feiern.

Das bleibt ein Traum. Krieg droht nicht, er wird geführt.

In der Welt ist viel Kriegslärm und die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der US-amerikanisch geführten NATO gehört zu den Verursachern. Während des halben Jahres Funktionsam am Sichersten Mandatsverlängerungen für Missionen genannte Kriegeinsätze der Bundeswehr, die Rüstungsexporte in kriegführende Länder und das Versprechen an die NATO, viel mehr Geld für Kriegsrüstung auszugeben.

Weder sind es weniger Kriege geworden, noch nahmen Anzeichen für Entspannung zu, seit wir uns vor einem Jahr trafen. Rechtspopulistische Politik hat an Schärfe zugenommen und verbreitet sich. Im Kleinen wird nachgeahmt, was in der Weltpolitik vorgemacht wird. Gleichgültigkeit ist weit verbreitet.

Von einer Welt ohne Faschismus, einer Welt des Friedens und der Freiheit wie sie die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald 1945 beschworen, entfernen wir uns eher, anstatt das lohnenswerte Ziel erreichen zu wollen. Der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst beargwöhnt jene und bespitzelt sicher nicht wenige, die das vernünftigste Menschheitsziel anstreben. Das ist genau so skandalös

wie das Drängen nach Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen.

Im Artikel 24 (2) Grundgesetz heißt es:
„Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“²



Das Grundgesetz ein fantastisches Märchenbuch zur Wahrung des Friedens!

Inzwischen steht fest, dass ein neues NATO-Hauptquartier, das in Zukunft die Verlegung von NATO-Truppen und Material in Europa optimieren soll, in Deutschland eingerichtet, hoheitlich von Deutschland betrieben und bei Bedarf dem Kriegsbandnis unterstellt wird.

Zur Wahrung des Friedens?
„Die Anpassung von Infrastruktur und Gesetzgebung Europas an ein militärisches Koordinatensystem steht bevor. Eine zentrale Rolle wird dabei das neue NATO-Hauptquartier spielen:

Es plant die Verlegung und führt die Truppen – künftig im Kriegsfall, schon jetzt bei Manövern.“³

Zur Wahrung des Friedens?

Bis wohin soll die Erweiterung der NATO getrieben werden?

Die so genannte „Münchener Sicherheitskonferenz“ debattierte in diesem Jahr u.a. die Notwendigkeit neuer kleinerer Atomwaffen. Es gibt die Chance, dem von 122 Staaten verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrag, den inzwischen 60 Staaten ratifizierten, beizutreten, der allerdings von den Atommächten boykottiert wird – auch von dem laut Grundgesetz friedensverpflichteten Deutschland. Ginge es wirklich um Frieden, müsste unverzüglich die atomare Teilhabe der NATO aufgekündigt werden. Die US-amerikanischen Atomwaffen in Büchel, auf deutschem Hoheitsgebiet im Widerspruch zu Artikel 24 (2) GG, gehören nicht modernisiert, wie geplant. Sie gehören aus den Bunkern geholt und ersatzlos vernichtet.

Es muss doch endlich in die großen politischen Köpfe, dass keine der atomaren Waffen eingesetzt werden kann, wenn auch nur das geringste Interesse am Überleben der Menschheit bestünde.

In diesem Sinne identifizieren wir uns mit den im Aufruf des Friedensnetzes Frankfurt (Oder) erhobenen Forderungen. Wir rufen den Gewalthabern in unserem Lande zu:

*Macht nicht weiter so wie bisher, wir bitten Euch. Verhandelt ohne Vorbedingungen, redet, schafft Vertrauen, lasst nicht nur schießen. Fügt den so genannten Missionen der Bundeswehr endlich tatsächliche Friedenskonzepte hinzu.
Wagt den Anfang!⁴*

Wir wollen in Frieden leben!

3 Jörg Kronauer: Neues NATO-Hauptquartier. In: junge Welt 9. Februar 2018.

4 Vgl. Daniela Dahn: Entspannung: Von Egon Bahr lernen. In: Ossietzky, Heft 5/2018. S.156 ff.

von
Gerhard Hoffmann,
VVN-BdA Frankfurt
(Oder)

Foto:
<https://www.rubikon.news/>

1 Bertolt Brecht: Gegen die Objektivität. In: Gedichte, Band III. Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, 1978. S. 201.

2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. 10. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden, 2002. S. 42.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Müllrose

Müllroser LINKE trauert um Joachim Handke



Die Mitglieder der Partei DIE LINKE im Schlaubetal und der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Müllrose trauern um ihren Genossen Joachim Handke.

Am 27. März 2018 erreichte uns die traurige Nachricht, dass er auf seiner lang geplanten Weltreise plötzlich und unerwartet kurz vor seinem 84. Geburtstag fern von seinem Heimatort Müllrose verstorben ist.

Genosse Joachim Handke war 2009 von Diensdorf-Radlow nach Müllrose gezogen. Gemeinsam gründeten wir mit Unterstützung von Helga Böhnisch und Joachim Handke die Basisgruppe DIE LINKE im Schlaubetal mit Genossinnen und Genossen

aus Müllrose und umliegenden Gemeinden.

Seine jahrzehntelange Erfahrung in der politischen Arbeit war für uns eine wertvolle Hilfe. So konnten wir bei der Kommunalwahl 2015 erreichen, dass eine starke Linksfraktion in die Stadtverordnetenversammlung einzog und die Wahl des amtierenden Bürgermeisters mit unterstützte.

Genosse Joachim Handke, der als Kind die Schrecken und das Grauen des 2. Weltkrieges am eigenen Leib erlebte, begann sehr früh, sich für die Jugendarbeit in der DDR einzusetzen. In der Überzeugung, dass künftige Generationen niemals mehr Krieg und Vernichtung erleben müssen, nahm er aktiv am Aufbau der FDJ teil. Bis 1961 stand er an der Spitze der Kreisorganisation der FDJ in Frankfurt (Oder). Bis 1965 leitete er als Chefredakteur die Jugendzeitschrift „Junge Generation“.

Danach übernahm er die Funktion des 1. Bezirkssekretär der FDJ. Aber auch er wurde als „Berufs-FDJler“ älter und musste sich von dieser aktiven Tätigkeit verabschieden. So begann er 1967 seine Tätigkeit im Halbleiterwerk in Markendorf. Er qualifizierte sich, wurde Produktionsdirektor und Direktor des Halbleiterwerkes. Diese Funktion hatte er bis 1990 inne. Mit Übernahme des Halbleiterwerkes durch die Treuhand wurde er in den Aufsichtsrat berufen. Er trug mit seinem persönlichen Einsatz dazu bei, einen Teil des Werkes und damit Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir sind überzeugt, dass auch viele frühere „Halbleiterwerker“ ihren ehemaligen Chef in guter Erinnerung behalten werden.

*Eva Hamann und Harald Schwaeger
für die Mitglieder der Basisorganisation
Schlaubetal und der Fraktion
DIE LINKE in der Stadtverordneten-
versammlung Müllrose*

von
Kathrin und Philip,
Basisorganisation
Fürstenwalde

■ Bad Saarow

Wieso die AfD auch in Bad Saarow keine Alternative ist

Unter der Aufsicht mehrerer Polizeiautos teilten wir am 12. April

auf dem Saarower Bahnhofsvorplatz Flyer unter dem Motto „Wieso die AfD keine Alternative ist“ aus. Den Anlass dazu gab uns ein von der AfD angesetzter Bürgerdialog in Bad Saarow in einem Hotel direkt am Bahnhof.

Für uns war der gewählte Ort perfekt. So hatten wir die Möglichkeit, nicht nur die Besucher der Veranstaltung sondern auch Durchreisende über die AfD aufzuklären.

Die Mehrheit der angesprochenen Passanten zeigte sich sehr interessiert für unsere Initiative und wollte darüber näher informiert werden. Was uns mehrfach auffiel: „Ja, die AfD ist eigentlich nicht gut, zu viel völkisches Gedankengut! Aber an wen kann man sich sonst noch halten? Wer vertritt uns denn sonst?“

Natürlich waren auch überzeugte Sympathisanten der AfD vor

Ort. Welche sich leider nicht Gesprächsbereit zeigten und aggressiv reagierten.

Wir haben mehrere prägnante Zitate und Meinungen der angesprochenen Bürger aufgeschrieben, welche wir Euch nicht vorenthalten wollen. (siehe Kasten links)

Abschliessend ein schönes Erlebnis. Als wir ins Auto steigen wollten, um nach Hause zu fahren, sprach uns ein Paar an und fragte, was wir für Flyer verteilen und von welcher Partei wir wären.

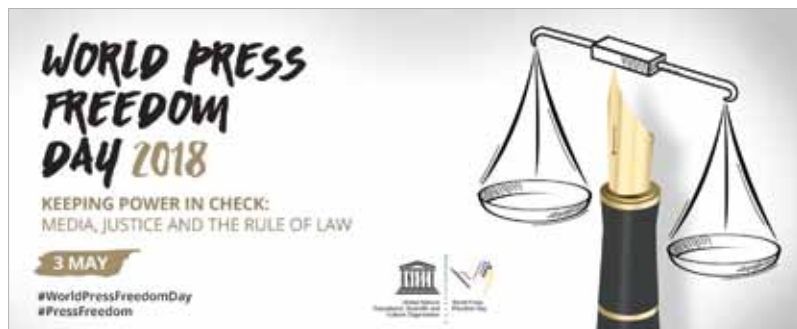
Als wir uns zu erkennen gaben, waren sie sichtlich erleichtert und sagten, es müsse viel mehr solcher Aktionen gegen die AfD und deren Gedankengut geben! Sie wollten auch gleich noch ein paar Flyer. Leider waren sie auf dem Weg zu einem Termin, sie hätten sich gerne länger mit uns unterhalten.

Zitate aus den Gesprächen

- „Wir brauchen diese Mörder nicht!“
- „Natürlich höre ich mir Deine Argumente an, gehe aber gleich da rein.“
- „Ich habe die Zeit von 1936 miterlebt, ich möchte das nie wieder!“
- „Keine Sorge, ich bin nicht wie Ihr! Ich lese den Dreck bevor ich ihn wegschmeisse.“ (ein Vertreter der AfD Jugend)
- „Schön das sich auch junge Leute für was Gutes einsetzen.“
- „Die kommen nur wegen dem Geld und vermehren sich wie die Ratten!“ (nach eigenen Angaben pensionierter Kriminalbeamter)
- „Schlimm das Rassisten immer mehr Fuß fassen in Deutschland!“
- „Haben das Engagement der Linken immer sehr geschätzt!“
- „Was die AfD ist hier? Was wollen die denn? Wieviel Ausländer gibt es denn hier?“

3. Mai: Welttag der Pressefreiheit

Wie frei ist die Presse?



Der Welttag der Pressefreiheit dient der Erinnerung an die Verletzung von Informations- und Freiheitsrechten in vielen Staaten der Welt. Im Jahr 1993 wurde er auf Vorschlag der UNESCO durch die UN-Generalversammlung ausgerufen. Hintergrund ist die „Erklärung von Windhoek“, die 1991 mit dem Ziel der Förderung einer unabhängigen und pluralistischen Presse in Windhoek, Namibia, verabschiedet wurde.

Auch heute noch ist die völkerrechtlich garantierte Presse- und Meinungsfreiheit in vielen Ländern in Gefahr. Journalisten werden bedroht, unter Druck gesetzt und mit Strafen belegt. Medien werden zensuriert oder verboten. Besorgnis erregend ist, dass immer häufiger Journalisten bei der Ausübung ihres Berufes ums Leben kommen.

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Die UNESCO hat als einzige Sonderorganisation der Vereinten Nationen das Mandat, die Meinungs- und Pressefreiheit zu schützen. Denn Pressefreiheit und unabhängige Medien sind Voraussetzungen für Demokratie. Die Presse sollte unabhängig von politischer und wirtschaftlicher Kontrolle sowie von Regierungseingriffen agieren können. Pluralismus der Presse wäre gegeben, wenn es keine Medien-Monopole, dafür aber eine große Vielzahl an Medien gäbe, die die Meinungsvielfalt innerhalb einer Gesellschaft möglichst breit abbilden.

Rangliste der Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen

Die internationale Organisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlicht jährlich eine weltweite Rangliste der Pressefreiheit, bei der die Presse- und Informationsfreiheit in 180 Ländern bewertet wird. Als Erhebungsdaten wird ein Fragebogen genutzt, der an Journalisten, Wissenschaftler, Juristen, Menschenrechtsverteidiger sowie an das eigene Korrespondentennetzwerk verschickt wird und Auskunft über Aspekte unabhängiger journalistischer Arbeit geben soll. Hinzu kommen von „Reporter

ohne Grenzen“ ermittelte Zahlen von Übergriffen, Gewalttaten und Haftstrafen gegen Journalisten.

Auf der „Rangliste der Pressefreiheit 2017“ belegte Norwegen den höchsten Grad an Pressefreiheit. Es folgen drei weitere skandinavische Länder: Schweden, Finnland und Dänemark. Nordkorea, Eritrea und Turkmenistan befinden sich auf den letzten drei Plätzen der Rangliste. Wo liegt Deutschland? Auf Platz 16. Auch in Deutschland werden Medienschaffende bedroht, verbal angegriffen und sind Einschüchterungsversuchen ausgesetzt worden. Doch auch die Vorratsdatenspeicherung wird als kritisch für den Journalistenberuf angesehen.

Innere Pressefreiheit – Unternehmensgrundsätze der „BILD“

Ein Blick auf die bekannteste und wirtschaftlich erfolgreichste Boulevardzeitung Deutschlands zeigt, wie es um die innere Pressefreiheit bestellt ist. Die Unternehmensgrundsätze der für die „BILD“ arbeitenden Journalisten lauten:

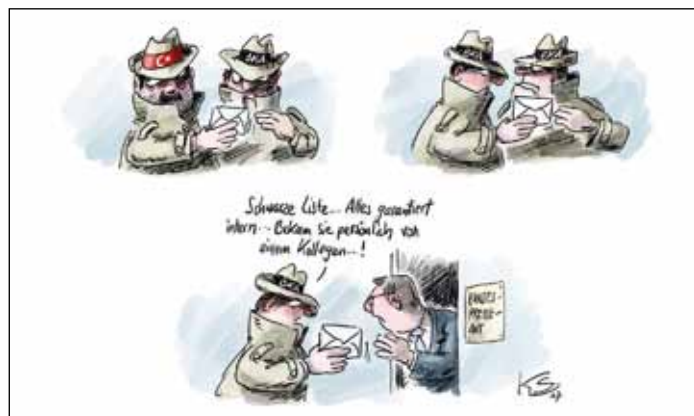
„Wir treten ein für Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und ein vereinigtes Europa. Wir unterstützen die Lebensrechte Israels. Wir zeigen unsere Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir lehnen politischen und religiösen Extremismus ab. Wir setzen uns für eine freie und soziale Marktwirtschaft ein.“ (Quelle: <http://nachhaltigkeit.axelspringer.de/de/grundsätze/unternehmensgrundsätze.html>)

Bereits seit 1967 besitzt der Axel Springer Verlag diese Unternehmensgrundlagen, die auch „Unternehmensverfassung“ genannt werden. Nach 1990 wurden sie modifiziert und unter dem Eindruck der Anschläge des 11. September 2001 ergänzt.

Die Botschaft des 3. Mai lautet, dass jede Journalistin und jeder Journalist überall auf der Welt das Recht haben muss, frei und ohne Angst berichten zu können. Eine Beschränkung der Pressefreiheit ist immer auch eine Beschränkung der Demokratie. Wie frei oder nicht frei ein Journalist von Axel Springer ist, dürfte damit offensichtlich sein.



von
Franziska Schneider,
 Basisorganisation
 Erkner,
 Referentin für
 Medienpolitik der
 Fraktion DIE LINKE
 im Landtag Brandenburg



Zeichnung:
 Klaus Struttmann

Logo „World Press Freedom Day 2018“: <https://en.unesco.org/commemorations/worldpressfreedomday/2018>



von
Ismail Al-Kayed,
19 Jahre alt,
Fürstenwalde,
Mitglied des Kreis-
vorstandes DIE
LINKE Oder-Spree,
Sprecher der Links-
jugend [solid] Oder-
Spree,
möchte Geschich-
te und Politik stu-
dieren,
Foto: privat

Die Marxistische Philosophie

2018 – 200 Jahre Karl Marx (2. Folge)

2. Die vereinfachte Erklärung zu den drei Grundannahmen der Dialektik

Nachdem wir uns nun mit der Grundlage und dem Sinn hinter der Dialektik beschäftigt haben, beschäftigen wir uns nun mit den drei Grundannahmen, alle drei werden mit einem praktischen Beispiel erläutert, welches das Verstehen natürlich vereinfacht. Falls es Interesse an Literaturempfehlung oder Kritik, Diskussionen etc. gibt, dann bitte an: ismailalkayed@systemli.org

Das erste Gesetz der Dialektik heißt **Einheit und Kampf der Gegensätze**. Nehmen wir zum Beispiel unsere aktuelle Gesellschaft. Sie ist ein geschlossenes soziales Gebilde, in dem alle gesellschaftlichen Bereiche irgendwie miteinander verbunden sind, sie sind also ein einheitliches Gebilde. Doch innerhalb dieses Ganzen bestehen na-

türlich Gegensätze. Nicht nur zwischen den sozialen Gruppen oder Klassen, sondern auch Widersprüche zwischen den vorhandenen materiellen Produktivkräften und der bestehenden gesellschaftlichen Organisation. Aus dieser Grundannahme entwickelte sich eine Interpretation des Klassenkampfes. Die Bourgeoisie, die sich aus der französischen Revolution herausgebildet hat, zerstörte den Feudalismus und trennte die Menschen durch ihre kapitalistische Produktionsweise und somit die kommenden Verhältnisse in zwei Klassen: die Proletarier und die Bourgeoisie. Der Kampf zwischen beiden Klassen änderte sich natürlich von der Intensität, heute reicht unsere Vorstellungskraft kaum noch aus, uns Bilder vorzustellen, wie über 500 000 Arbeiter*innen auf die Straße gingen, um gegen diese abseuerlichen Verhältnisse zu kämpfen. Wie die neoliberalen Parteien wie SPD, Grüne, FDP, AfD und CDU uns immer versuchen zu erklären, dass es keine Klassen mehr gibt, zeigt uns wieder einmal mehr die Blindheit und Alternativlosigkeit dieses Systems und dieser Parteien. Nicht umsonst sagt der Groß-Kapitalist Warren Buffet: „Es herrscht Klassenkampf und meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht“. Gerne ein Zitat noch von Marx (eines meiner Lieblings Zitate): „Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital ... In dem Kampf ... findet sich diese Masse zusammen ... Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen.“

Das zweite Gesetz heißt **Negation der Negation**. Das liest sich komplizierter als es eigentlich ist. Gemeint ist, dass sich zum Beispiel der oben beschriebene Widerspruch als eine Art Entwicklungshindernis darstellt. Die Produktivkräfte können nicht sinn-

voll eingesetzt werden, weil sie von der Organisation der Gesellschaft negiert werden und die gesellschaftliche Organisationsform zeigt sich immer unfähiger, die Möglichkeiten der Produktivkräfte auszuschöpfen. Was aber geschieht dann? Die schwerfällige und hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurück hinkende gesellschaftliche Organisation muss sich anpassen. Weil sie die Ausschöpfung der Produktivkräfte negiert, wird sie von diesen selbst negiert. Diese **Negation der Negation** ist aber nicht nur der eigentliche Motor des gesellschaftlichen Wandels, sondern, auch der treibende Faktor natürlicher Prozesse.

Das dritte Gesetz der Dialektik beschreibt den **Umschlag quantitativer Veränderungen in qualitative**. Mit quantitativ sind Veränderungen gemeint, die am Wesen einer Sache selbst nichts ändern, sondern nur ihren inneren Zustand verändern. Dazu ein recht simples, aber für das einfache Verständnis dieses Gesetzes ausreichendes Beispiel: Wenn Wasser erhitzt wird, verändert es seine Temperatur, bleibt aber flüssig. Über- oder unterschreitet aber die Temperatur einen bestimmten Punkt, dann verwandelt sich Wasser in Dampf oder erstarrt zu Eis. Das heißt, dass die quantitative Veränderung des Wassers, nämlich der Temperatur, irgendwann in eine andere Qualität umschlägt. Die grob vereinfachte und auf keinen Fall schematisch auf andere Gegenstände übertragbare Darstellung verdeutlicht auch eine andere Tatsache der Marxschen Dialektik. Sie ist nicht nur eine Analysemethode, sondern ein allgemeines, in der menschlichen und natürlichen Wirklichkeit zu beobachtendes, Entwicklungsgesetz. Die drei Gesetze auswendig zu lernen, kann man sich getrost ersparen, denn wirklich verstehen kann man die Dialektik erst, wenn man es sich zur Gewohnheit macht, dialektisch zu denken.

MARX-WORTE

Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind. Ebenso weiß es, daß die den verschiedenen Bedürfnismassen entsprechenden Massen von Produkten verschiedene und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erheischen. Daß diese Notwendigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur ihre Erscheinungsweise ändern kann, ist seif-evident [selbstverständlich]. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin sich diese proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als Privataustausch der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der Tauschwert dieser Produkte.

(Marx an Ludwig Kugelmann, MEW Bd. 32 S. 552f.)

Ausgewählt und eingesandt von Dr. Artur Pech





Buchenwald 2018 – Gedenken an die Selbstbefreiung der Häftlinge vor 73 Jahren

Am 14. April meldete sich kurz vor sechs mein Wecker. Da sollte für mich ein Tag ohne Hektik beginnen, denn auf meinem Programm stand das Gedenken zum Jahrestag der Selbstbefreiung in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald. Wieder aufzurufen war der vor 73 Jahren gesprochene Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dann aber kreuzten sich an diesem Tage auf eigenartige Weise die Spuren deutscher und europäischer Geschichte und Ereignisse aktueller Politik.

Wenige Stunden zuvor hatten die USA, Frankreich und Großbritannien Syrien angegriffen. Staaten, die zu den Siegermächten des zweiten Weltkrieges gehört hatten, setzten sich in schlechtesten imperialistischen Manier über das Völkerrecht hinweg. Auch das bezeugt, dass das Ziel einer Welt des Friedens noch nicht erreicht ist. Und natürlich wurde dieses Ziel im von der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Kommandos ausgerichteten Treffen der Nachkommen erneut eingefordert.

Aber der Schwur von Buchenwald kam noch auf andere Weise zur Sprache. Nach einem Schriftsatz des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz soll die VVN-BDA die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ gefährden, weil sie sich auf den Schwur von Buchenwald beruft.

In der Rede von Günter Pappenheim, Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos gab es auf diese Konstruktion eine treffende Entgegnung. Mir erscheint hier aber noch ein weiterer Zusammenhang wesentlich.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sich über Jahrzehnte der Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit seiner Kader verweigert. Selbst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19. März 2009 war noch zu lesen „Im Bundeskriminalamt, beim Bundesnachrichtendienst und möglicherweise auch beim Bundesamt

für Verfassungsschutz prägten alte Kameraden von Wehrmacht und SS in den ersten 20 Jahren den Arbeitsstil, bestimmten die Ausbildung, hielten ungerührt Elemente der NS-Ideologie in Ehren ... Beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hielt man bis vor einem Jahr wenig davon, mit der Amtsgeschichte ins Reine zu kommen.“¹

So wurde dann auch abgewartet, bis die letzten Altnazis sich lange in ihre teils im Nazireich erworbenen Pensionen verabschiedet hatten, bevor in einem Geschichtsprojekt „Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit 1950–1975“ untersucht wurde.²

Die Rede ist von einem „Anteil der ehemaligen Mitglieder in der NSDAP und anderen NS-Organisationen mit etwa 25 bis 30 Prozent“.

Es sind die Nachfahren dieser Nazikader, die heute in der Bundesrepublik Deutschland Schriftsätze verfassen, mit denen die Verfolgung antifaschistische Organisationen begründet wird.

Zum Programm des Wochenendes gehörte neben dem Treffen der Nachgeborenen auch wieder eine Baumpflanzung zur Erinnerung an Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald. Bei einer solchen Baumpflanzung hatte ich vor drei Jahren Kamil Majchrzak kennengelernt. Er sprach bei der Pflanzung eines Baumes für seinen Großvater und berichtete über die Angriffe von Neonazis, denen er während seines Studiums in Frankfurt (Oder) ausgesetzt war.

Diesen Bericht hatte ich dann in unsere Broschüre über die Oder-Neiße-Grenze aufgenommen. Er ist auch in der zweiten Auflage aus dem Jahre 2017 enthalten. Es ist schon bedrückend zu lesen, wie junge Neonazis ihre Vorläufer nachahmen.

Dem wirksam entgegen zu treten erfordert neben dem Wissen um

1 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vergangenheitsbewaeltigung-beim-verfassungsschutz-braune-keller-geister-1922025.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0

2 <https://www.verfassungsschutz.de/de/das-bfv/geschichtsprojekt-bfv/ergebnisse-geschichtsprojekt/ergebnissynopse-2015-01>



historische Zusammenhänge auch Wachsamkeit gegenüber aktuellen politischen Entwicklungen

Soweit meine Kräfte reichen, werde ich mich sowohl an der Vermittlung dieses Wissen auch an der Entwicklung der notwendigen Wachsamkeit beteiligen.



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche

Fotos:
Dr. Artur Pech

4. Kindertagsfest am 3. Juni 2018 in Müllrose



Im Juni vergangenen Jahres lockte das durch DIE LINKE organisierte Kinderfest mit Spiel und Spaß zahlreiche Familien aus Müllrose und Umgebung an.

Am Sonntag, 3. Juni 2018, ab 14 Uhr wird es die vierte Auflage des Kinderfestes rund um das Schützenhaus in Müllrose geben. Die Vorbereitungen laufen schon auf Hochtouren. Anlässlich des Kindertages soll es wieder für viele Kinder und ihre Familien einen tollen Nachmittag mit Angeboten

zum Mitmachen, Zuschauen und Entdecken geben.

Wer Lust hat, sich bei der Vorbereitung und am Veranstaltungstag als Helfer oder Mitgestalter einzubringen, kann sich gern melden.

Ansprechpartner sind:

- Kerstin Labenz,
Tel. (03 36 06) 708 43 (abends)
- Harald Schwaeger,
Tel. (03 36 06) 78 64 18 (abends)

*DIE LINKE Basisgruppe Schlaubetal
und Fraktion in der SVV Müllrose*

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im
Mai 2018



6.5. Ilse Hübner	Eisenhüttenstadt	90 J.
6.5. Erich Roof	Eisenhüttenstadt	95 J.
8.5. Liesel Klagge	Eisenhüttenstadt	86 J.
9.5. Daniel Geithe	Grünheide, OT Hangelsberg	40 J.
10.5. Bernhard Hoffmann	Siehdichum, OT Rießen	96 J.
11.5. Bodo Kruse	Beeskow	60 J.
12.5. Wilfried Frank	Erkner	60 J.
13.5. Lotte Gerlach	Fürstenwalde	91 J.
14.5. Elke Chesin	Eisenhüttenstadt	75 J.
16.5. Joachim Karge	Siehdichum, OT Schernsdorf	82 J.
16.5. Eleonore Weidner	Rüdersdorf	88 J.
17.5. Kathrin Vogelsang	Fürstenwalde	45 J.
22.5. Marianne Neubert	Erkner	83 J.
29.5. Ingeborg Kalkreuth	Fürstenwalde	80 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle

Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow

Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt

Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Termine der LINKEN Oder-Spree

- Kreisvorstandssitzung: 8. Mai, 18 Uhr, Kreisgeschäftsstelle (KGST)
- Kreisvorstandssitzung mit Ortsvorsitzenden: 7. Juni, 18 Uhr, KGST
- Klausur des Kreisvorstandes: 23. Juni, 10 Uhr, KGST

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 29.5., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Mai/Juni 2018

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 16.5., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 17.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 22.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 24.5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 29.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 30.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 31.5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 4.6., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 6.6., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

20.6., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt

Eine der besonderen Herausforderungen in der Politik ist es, nicht nur kurzfristig Probleme zu lösen und z.B. auf Dieselskandale zu reagieren, sondern langfristig zu denken, Problemlagen vorausschauend zu erkennen und ins Besondere eine klare Vorstellung davon zu haben, in welcher Art Gesellschaft wir eigentlich künftig leben wollen – denn wer nicht weiß, was das Ziel eines Weges sein soll, der weiß auch nicht, ob die kurzfristigen Schritte in die richtige Richtung führen oder genau entgegengesetzt. Das Schöne an der Zukunft ist ja der Umstand, dass sie noch nicht feststeht und gestaltbar ist. Um sie gestalten zu können, braucht es aber eine Ahnung davon, was möglich ist – im Guten und im Schlechten. Sieht man die Optionen, kann man politisch die Weichen so stellen, dass man die guten Möglichkeiten zur Realität von Morgen werden lässt.

Mit der Digitalisierung verändert sich die ganze Gesellschaft, vor allem aber auch die Art und Weise wie produziert wird und wie wir arbeiten. Viele Studien sagen voraus, dass Roboter, Software und andere Technologien viele Arbeitsplätze kosten werden und viele weitere so verändern werden, dass er-

lernte Qualifikationen nicht mehr passen. Neun von zehn Berufen, die am meisten von Digitalisierung betroffen sein werden, sind im Dienstleistungsbereich, am Schalter, in Büros, Kanzleien und Laboren. Auch Industrieproduktion tauscht Menschen gegen Roboter. Adidas schließt Produktionsstätten in Asien und baute dafür eine Roboterfabrik für Turnschuhe in Süddeutschland. Und mit den autonomen Autos, die über kurz oder lang auch bei uns fahren werden, verlieren über 800 000 Berufskraftfahrer*innen ihren Job, dazu kommen die Personalabteilungen, die sie verwaltet haben und Arbeitsplätze in Fahrschulen, oder Imbissbuden, an denen kein hungriger Kraftfahrer mehr Pause macht. Es entstehen auch neue Arbeitsplätze, aber es werden nicht genug sein und viel zu oft werden Qualifikationen nicht passen. Taxifahrer zu IT-Spezialisten umzuschulen, wird nicht sehr oft funktionieren. Wer sich an die Jahre nach der Wende im Osten erinnert, hat eine Vorstellung davon, was kommen kann, nur diesmal überall auf der Welt und nicht nur im Osten Deutschlands.

Es nützt nichts, sich diesen Fakten nicht zu stellen, denn der Fort-

schritt lässt sich nicht aufhalten. Maschinenstürmen war noch nie erfolgreich. Was es aber braucht, ist eine vorausschauende Politik, die das Gemeinwohl vertritt und sowohl Arbeitszeit als auch Wertschöpfung sinnvoll umverteilt und mit einer Bildungsoffensive verbindet. Im Jahr 1900 war die durchschnittliche Arbeitszeit noch 60 Wochenstunden. Heute sind es viel weniger, aber da ist noch viel Raum nach unten, für mehr Zeit zum Leben, für Hobbies, Familie, Ehrenämter.

Da Roboter und Software zwar Jobs übernehmen, aber keinen Lohn erhalten und weder Steuern noch Sozialbeiträge zahlen, sinkt der Anteil der Wertschöpfung, die an Erwerbstätige verteilt wird und in die sozialen Sicherungssysteme fließt. Weniger Lohnanteil heißt zunehmend mehr Profit für diejenigen, die die Technologie besitzen und weniger für den Rest der Gesellschaft, für Einkommen aber auch für sozialen Wohnungsbau, Pflege oder Kindergärten. Das ist unsolidarisch und demokratiegefährdend, aber es passiert bereits. Es gilt, diesen Trend umzukehren, für eine digitale Gesellschaft, in der es allen besser geht, mit mehr Zeit zum Leben und frei von Armut. Die digitale Gesellschaft kann und wird daher nur gelingen, wenn wir sie mit einer sozialen Revolution verbinden. In der letzten industriellen Revolution wurden Renten- und Krankenversicherung erkämpft. Jetzt braucht es zusätzlich neue soziale Sicherungssysteme wie das Bedingungslose Grundeinkommen und die Offenheit, sich mit solchen Konzepten vorurteilsfrei auseinander zu setzen. Ein wirklich bedingungsloses Grundeinkommen verändert nämlich auch Machtverhältnisse, weil niemand mehr erpressbar ist – vom Staat nicht und auch nicht von Arbeitgebern, die nur an ihren Profit denken. Eine im Sinne des Gemeinwohls gestaltete digitale Gesellschaft ist erstrebenswert, weil alle etwas von ihr haben. Für eine solche Zukunft lohnt es sich zu kämpfen.



von
Anke Domscheit-Berg,
Fraktion DIE LINKE
im Bundestag,
Obfrau im Ausschuss Digitale Agenda

Zucker-Kasten



Zeichnung:
Gertrud Zucker, September 2011

Fotoquelle der Abbildung auf Rückseite:
<https://www.rubikon.news/>

RUBIKON**WEITE TEILE DER WESTLICHEN POLITIKER
SIND KRIEGSVREBRECHER.**

„DIE ENTFESSELUNG EINES ANGRIFFSKRIEGES IST NICHT
BLOSS EIN INTERNATIONALES VERBRECHEN;
ES IST DAS SCHWERSTE INTERNATIONALE
VERBRECHEN, DAS SICH VON ANDEREN KRIEGSVREBRECHEN
NUR DADURCH UNTERSCHIEDET, DASS ES IN SICH ALLE
SCHRECKEN DER ANDEREN VERBRECHEN
EINSCHLIESST UND ANHÄUFT.“

**URTEILSBEGRÜNDUNG, INTERNATIONALER
MILTÄRGERICHTSHOF IN NÜRNBERG, 1946**

#RUBIKONFACTS

